

Antrag

**der Abgeordneten Sandro Kappe, Dr. Anke Frieling, Dennis Gladiator,
Ralf Niedmers, Dennis Thering, Eckard Graage, Thilo Kleibauer (CDU)
und Fraktion**

Betr.: Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst in Hamburg entschieden entgegenwirken – mehr Anreize für freiwillige Dienstzeitverlängerungen schaffen!

Eine alarmierende Warnung geht von einer kürzlich veröffentlichten Studie der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC aus: Bis zum Jahre 2030 droht dem öffentlichen Dienst in Deutschland eine Fachkräftelücke von mindestens einer Million Mitarbeitern, wenn dem nicht konsequent mit effektiven Lösungen entgegengesteuert wird (<https://www.pwc.de/de/branchen-und-markte/oeffentlicher-sektor/pwc-fachkraeftemangel-im-oeffentlichen-sektor.pdf>).

Auch in der Hamburger Verwaltung wächst der Bedarf an Fachkräften stetig: Nach Angaben im Personalbericht 2021 (Drs. 22/5858) wurden im Jahr 2020 4.538 Stellen ausgeschrieben, im Jahr 2019 waren es 4.451 (Drs. 22/1500), im Jahr 2018 noch 3.608 (Drs. 21/18742). Alle Dienststellen machen sich Sorgen über Quantität und Qualität der Bewerber auf Ausbildungsstellen.

Darüber hinaus gibt es jetzt bereits Bereiche in der hamburgischen Verwaltung, in denen Stellen mangels ausreichender Bewerber frei bleiben, wie beispielsweise auf den Geschäftsstellen der Gerichte oder in der Krankenpflege im Justizvollzug.

Die PwC-Studie enthält zehn zielführende Handlungsempfehlungen, die verhindern sollen, dass der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst Deutschlands zu einer erheblichen Einschränkung der Funktionstüchtigkeit führt und der Staat in Gefahr gerät, seine Kernaufgaben nicht mehr erfüllen zu können. Eine der Empfehlungen betrifft die Flexibilisierung des Renten- und Pensionseintritts.

In der Verwaltung ist es vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels durchaus sinnvoll, mehr Mitarbeiter zur Verlängerung ihrer Dienstzeit zu motivieren. Durch die „Flexirente“ erlangen Tarifangestellte für jeden Monat, den sie über ihre Regelaltersgrenze hinaus arbeiten und noch keine Rente beziehen, einen Rentenzuschlag. Das Hinausschieben des Renten- beziehungsweise Pensionseintritts führt auch dazu, dass die umfangreichen Fachkenntnisse sowie die vielfältige Berufserfahrung der langjährigen Mitarbeiter der hamburgischen Verwaltung länger zur Verfügung stehen und ein wertvoller Wissenstransfer zu den jüngeren Kollegen und Anwärtern erfolgen kann. Klar ist nur, dass es sich für diejenigen, die länger arbeiten wollen, auch lohnen muss.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. zu prüfen, mit welchen Anreizen mehr Beamte und Angestellte der hamburgischen Verwaltung dazu motiviert werden können, ihren Pensions- oder Renteneintritt hinauszuschieben;
2. der Bürgerschaft bis zum 31.12.2022 zu berichten.